



auschwitz

information

Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Johannes Kepler Universität Linz
86. Ausgabe, März 2012

Liebe Leserinnen und Leser!

In der vorliegenden Ausgabe berichten wir über den aktuellen Stand der Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung in Auschwitz-Birkenau sowie über das Ersuchen seitens des Obmanns unserer Lagergemeinschaft, die politischen Parteien aus dem Gremium zur Neugestaltung der Ausstellung zu bitten, sich zurück zu ziehen.

Wie alljährlich, erlaubt sich die Lagergemeinschaft, um finanzielle Unterstützung zu ersuchen, damit das Informationsblatt weiterhin kostenlos versandt werden kann. Ein Zahlschein liegt dieser Ausgabe bei.

Die Redaktion dankt für die Unterstützung!

Lagergemeinschaft Auschwitz:
HR Dr. Franz Danimann

Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Johannes Kepler Universität Linz

Neugestaltung der Österr. Gedenkstätte im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau 2

Auf der Suche nach der verlorenen Vergangenheit 5

Ersuchen um Rückzug aus dem Gremium 7

Impressum 12

Information über rezente Entwicklungen im Projekt Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung in Auschwitz-Birkenau

Fotodokumentation der jetzigen Ausstellung erstellt

Zur Sicherung des Erhalts und zur Würdigung der bestehenden österreichischen Länderausstellung als zeithistorisches Dokument bestand Einigkeit bei allen Projektbeteiligten darüber, diese vor Beginn der Neugestaltung umfassend zu dokumentieren.

Im September 2011 hat der Nationalfonds daher mit freundlicher Unterstützung der Heeresbild- und Filmstelle des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport die gesamte Ausstellung (Tafeln, Detailansichten, Objekte, die Glasfenster von Heinrich Sussmann und die Begleittexte) systematisch abgelichtet und inventarisiert. Zudem vermitteln Raumaufnahmen einen Gesamteindruck der Ausstellung.

Das Datenmaterial – Fotos sowie die Transkriptionen aller Ausstellungstexte – wird in einer Datenbank im Nationalfonds verwaltet. Eine Publikation der Dokumentation ist geplant.

Der herzliche Dank des Nationalfonds gilt an dieser Stelle den Mitarbeitern der

Heeresbild- und Filmstelle des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport.

Pensionierung von Vizedirektorin Krystyna Oleksy



(Foto: Privat)

Mit Ende Jänner 2012 hat die langjährige Vizedirektorin des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau Krystyna Oleksy ihren Ruhestand angetreten. Die Generalsekretärin des Nationalfonds Mag.^a Hannah Lessing hat Frau Oleksy zu diesem Anlass ihren Dank für die Zusammenarbeit sowie ihre Anerkennung für ihr langjähriges Wirken in der Gedenkstätte und ihre verdienstvolle Tätigkeit in der Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit ausgesprochen. Erst mit Juni 2012 ist die Bekanntgabe eines/r Nachfolgers/Nachfolgerin zu erwarten.

Erweiterung des Wissenschaftlichen Beirats

Auf Vorschlag des Nationalfonds wurde Dr.ⁱⁿ Heidemarie Uhl in den Wissenschaftlichen Beirat aufgenommen. Dr.ⁱⁿ Heidemarie Uhl ist Historikerin an der Akademie der Wissenschaften und hat u.a. gemeinsam mit den HistorikerInnen Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer und Dr. Bertrand Perz eine Vorstudie über die jetzige österreichische Ausstellung in Auschwitz sowie ein Grobkonzept für eine neue Ausstellung erstellt.

Neue Aufgabe für den Nationalfonds

Da sich der Zustand der Gedenkstätte in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat und ohne engagierte Sanierungsmaßnahmen ihr fortdauernder Bestand gefährdet ist, hat die polnische Regierung mehr als 20 Staaten um Finanzhilfe zur Sanierung und langfristigen Erhaltung der Gedenkstätte gebeten.

Zu diesem Zweck wurde die Stiftung zur Erhaltung des Museums Auschwitz-Birkenau eingerichtet. Diese soll insgesamt mit einem Betrag in der Höhe von 120 Mio. Euro dotiert werden. Ziel der Stiftung ist es, eine langjährige und nachhaltige finanzielle Absicherung der Gedenkstätte zu erreichen. Aus den jährlichen Zinserträgen sollen umfassende Sanierungs- und Konservierungsarbeiten der Gedenkstätte finanziert werden. Die Erträge sollen vor

allem in die Instandhaltung des Geländes, der Gebäude in Auschwitz und Birkenau, aber auch in die Sammlung und somit in die Sicherung des Ausstellungsbetriebs und der Holocaust Education einfließen.

Auch die Republik Österreich hat sich dazu entschlossen, einen Beitrag zur Erhaltung zu leisten und den Nationalfonds mit der finanziellen Abwicklung betraut.

Die diesbezügliche Novelle zur Änderung des Nationalfondsgesetzes ist mit 1.1.2012 in Kraft getreten und sieht vor, dass die Republik Österreich dem Nationalfonds einen Betrag von 6 Mio. Euro für die Renovierung und Instandhaltung der Gedenkstätte Auschwitz Birkenau zuwendet, welcher sowohl für die Dotierung der Stiftung Auschwitz Birkenau als auch für die Sanierung von Block 17, in dem sich die österreichische Dauerausstellung befindet, zu verwenden ist.

Die Generalsekretärin des Nationalfonds, Hannah Lessing, wurde seitens der Republik Österreich zum Mitglied des Internationalen Komitees der Stiftung nominiert.

Weitere Beiträge anderer europäischer Staaten wie Deutschland (60 Mio. Euro), Frankreich (5 Mio. Euro), Großbritannien (2,5 Mio. Euro) sowie von Israel (1 Mio. US\$) sind zugesagt. Die USA werden einen Beitrag von 15 Mio. US\$ leisten.

Neue Ausstellung – vorbereitende Sanierungsmaßnahmen



(Foto: Österreichischer Pavillon¹)

Das Gebäude („Block 17“), in dessen Erdgeschoß die österreichische Länderausstellung untergebracht ist, muss für die neue Ausstellung adaptiert werden. Darüber hinaus müssen notwendige Sanierungsmaßnahmen am Gebäude durchgeführt werden.

Der derzeitige Schwerpunkt liegt daher in der Durchführung baulicher Untersuchungen (Statik, Bodenuntersuchungen etc.) betreffend Block 17, die in Abstimmung mit dem Museum und in enger Kooperation mit dem österreichischen Außenministerium abgewickelt werden. Erst nach Abklärung des tatsächlichen Sanierungsbedarfes des Gebäudes können die baulichen Rahmenbedingungen für die neue Ausstellung festge-

legt werden und die Beauftragung der neuen Ausstellung erfolgen.

Im ersten Stock von Block 17, der früher die jugoslawische Ausstellung beherbergte, befindet sich derzeit keine Ausstellung. Grundsätzlich besteht seitens jugoslawischer Nachfolgestaaten Interesse an der Errichtung einer neuen Ausstellung, jedoch sind konkrete Ergebnisse noch nicht absehbar. Diesbezügliche Entwicklungen werden jedenfalls bei der Sanierung des Gebäudes zu berücksichtigen sein.

Michaela Niklas
Koordinierungsstelle zur Neugestaltung
der österreichischen Länderausstellung in
Auschwitz-Birkenau
Nationalfonds der Republik Österreich

¹ <http://a3.ec-images.myspacecdn.com/images02/103/4d64ebfdbb68443e851ff228bc2d4295/l.jpg>

Wir danken der Passauer Neuen Presse für die Möglichkeit, die Rezension zu Éva Fahidis neuem Buch, verfasst von Peter Steinbach, an dieser Stelle ein zweites Mal abdrucken zu dürfen:

Auf der Suche nach der verlorenen Vergangenheit

Sechs Jahrzehnte sind eine lange Zeit, um Gras über vieles wachsen zu lassen. Gesellschaften vergessen, denn neue Entwicklungen bedeuten neue Herausforderung. Herkunft bestimmt zunehmend weniger die Zukunft, denn deren Bewältigung hat vor allem zur Voraussetzung, dass die Gegenwart gemeistert werden kann. Im Leben des Menschen sieht das ganz anders aus. Nichts von dem, was Psychoanalytiker als Trauma bezeichnen, können Menschen abschütteln. Narben bleiben nicht nur sichtbar, sie schmerzen. Sie „werde niemals das Gefühl haben“, die Lager, in denen sie als ungarische Jüdin 1944/1945 überlebte, „verlassen zu können“. Wer in Auschwitz-Birkenau gewesen sei, wisse, „dass er sich nie davon befreien kann, auch, wenn er vielleicht sein ganzes Leben lang nicht darüber spricht“. Aber man muss über die Geschichte sprechen, von der man sich nicht befreien kann.

Éva Fahidi, in Debrecin geboren und in einer begüterten Familie aufgewachsen, wird 1944 aus ihrem Leben herausge-

rissen, als die deutsche Wehrmacht Ungarn gesetzt. „In der Morgendämmerung des 1. Juli 1944 war meine Jugend vorbei, alles wurde mit einer Handbewegung zunichte gemacht.“ Viele ihrer Angehörigen werden ermordet. Sie selbst kann als Zwangsarbeiterin überleben. Eine Frage lässt sie nicht los: „Was gehört einem Menschen überhaupt, was macht den Menschen aus?“ Halt findet ihre Erinnerung nach dem Verlust ihrer Angehörigen auf der Suche nach der „verlorenen Vergangenheit“ in einzelnen Gegenständen, die zu ihr sprechen, weil sie eine Seele zu haben scheinen. Gesprochen hat sie erstmals 2005, als ihre Erinnerungen in Budapest erscheinen konnten. Nun ist sie in deutscher Übersetzung zu lesen, auf eine Weise, der ihre Erinnerungen zu einem bedeutenden literarischen Zeugnis menschlichen Überlebens, der Überwindung von tiefen seelischen Verletzungen und –im Nachdenken über die Zerstörung fast aller ihrer Lebensbezüge – der humanen Orientierung machen. Es gibt unübersehbar viele Erinnerungen. Besonders ist, dass Éva Fahidi immer wieder die Umstände ihrer Erinnerung reflektiert. Sie scheint in ihrer Lebenserzählung vielfältige Erinnerungen aufzuschichten; dadurch entsteht ein beeindruckendes Zeugnis vergangener Zeit und zugleich ein Beispiel für ganz persönliche Abarbeitung an einer Gegenwart, in die die Vergangenheit geradezu einbricht. Weil sie im Rückblick „alles gleichzeitig sieht“, seien die „Zeitschichten im Gedächtnis nicht chronologisch geordnet, sie fließen

vielmehr ineinander, und so kann man
in der

Erinnerung an mehreren Orten gleichzeitig sein.“ Hervorragend aus dem Ungarischen übersetzt, ausgezeichnet redigiert von der aus Passau stammenden Historikerin Ute Stiepani, muss man diese Erinnerung den Texten etwa eines Primo Levi gleichsetzen: Derselbe Schmerz, dieselbe Ironie, der selbe Witz das gleiche Misstrauen sich und den oftmals „stereotypen Geschichten“ anderer über das Grauen gegenüber. Und zugleich dasselbe Vertrauen, durch eine Reflexion der Vergangenheit zur humanen Orientierung der Mit- und Nachlebenden beizutragen. Ohne Zweifel: Ein herausragender Text, also große Literatur!

Peter Steinbach

Éva Fahidi: „Die Seele der Dinge“,
240 S., 16,90 Euro, Lukas Verlag 2011.

Ersuchen um Rückzug aus dem Gremium

Die Aussagen einzelner Mitglieder von politische Parteien haben seitens der Österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz die Diskussion erneut laut werden lassen, ob es zielführend ist, dass ihre Mitglieder im Gremium zur Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau vertreten sind. Seitens des Obmanns der Lagergemeinschaft wurde daher ein Brief verfasst, mit dem Ersuchen, sich aus dem Gesellschaftlichen Beirat zurück zu ziehen. Dieser erging an Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler Minister Michael Spindelegger, Präsidentin Barbara Prammer und Clubobmann Heinz Strache.

Exemplarisch sollen an dieser Stelle der Brief an den Bundespräsidenten und den Klubobmann angeführt werden:

Herrn Bundespräsidenten
Dr. Heinz Fischer
Präsidenschaftskanzlei Hofburg
Leopoldinischer Trakt
Ballhausplatz
1014 Wien

Linz, 21. März 2012

Gesellschaftlicher Beirat zur Neugestaltung der österreichischen Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Dr. Fischer!

Dieses Schreiben erhalten Sie namens der Österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz, der Organisation der Auschwitz-Überlebenden in Österreich. Die österreichische Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz steht vor einer Neugestaltung, die vom Österreichischen Nationalfonds organisiert wird und im Prinzip eine Angelegenheit der Republik Österreich darstellt. Zu diesem Zweck wurden ein gesellschaftlicher und ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet. Als Vorsitzende des gesellschaftlichen Beirats fungiert eine Vertreterin der Lagergemeinschaft, eines der Mitglieder des Beirats wurde von der FPÖ entsandt. Vor einigen Wochen war die Öffentlichkeit mit Aussagen des FPÖ-Parteivorsitzenden und anderer Politiker konfrontiert, die unhaltbare historische Vergleiche beinhalteten: In Hinblick auf die FPÖ, „Das war wie die Reichskristallnacht“ und „Wir sind die neuen Juden“. Eine definitive und klare Distanzierung der FPÖ sowie eine nachdrückliche Selbstkritik haben wir weder in den Medien noch ansonsten in der Öffentlichkeit wahrnehmen können. Ferner möchten wir an eine Rede der österreichischen Finanzministerin erinnern, deren Kernaussage die Formel „Bankenkritik ist wie Judenverfolgung“ war. Es dürfte klar sein, dass für eine Organisation wie die „Lagergemeinschaft Auschwitz“ angesichts des organisierten Massenmords an der jüdischen Bevölkerung Mitteleu-

ropas derartige Äußerungen unerträglich sind und eine weitere Zusammenarbeit im gesellschaftlichen Beirat als schwer denkbar erscheint. Diese Äußerungen können nur auf unseren entschiedenen Protest stoßen. Es erscheinen überhaupt die tagespolitischen Ziele, die politische Parteien mitunter verfolgen, die auch zu sehr angeschärften Äußerungen führen, mit den langfristigen Zielen der Erinnerung und der Ehrung des Gedenkens, die die Lagergemeinschaft verfolgt und die auch die Ziele der Neugestaltung in der Gedenkstätte in Auschwitz sind, wenig kompatibel. Wir ersuchen Sie daher, Ihren Einfluss geltend zu machen, um eine Neuformierung des Gesellschaftlichen Beirats ohne Vertreter politischer Parteien einzuleiten. Wir wollen damit keineswegs „Sand ins Getriebe“ der sehr engagiert betriebenen Neugestaltung der Gedenkstätte streuen, allein, es lassen uns diese Äußerungen nach reiflicher Überlegung keine andere Wahl, als mit dieser Aufforderung auf Sie zuzukommen. Wir wenden uns mit besonderem Vertrauen an Sie, als Sie mit der Zurückstellung einer Ordensverleihung an den Wortführer diverser Vergleiche ein eindeutiges Zeichen gesetzt haben. Vielen Dank! Entsprechende Schreiben in diesem Sinn ergehen auch an den Bundespräsidenten, die Präsidentin des Nationalrats und den Vizekanzler. Dem Parteivorsitzenden der Freiheitlichen Partei wurden der Protest und die Aufforderung, den Parteivertreter aus dem gesellschaftlichen Beirat zurückzuziehen, übermittelt.

Hochachtungsvoll

Dr. Michael John

Obmann, Lagergemeinschaft Auschwitz

Herrn Klubobmann
Heinz Strache
Parlamentsklub der FPÖ
Dr. Karl Renner Ring 3
1017 Wien

Linz, 21. März 2012

Gesellschaftlicher Beirat zur Neugestaltung der österreichischen Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz

Sehr geehrter Herr Klubobmann Strache!

Die österreichische Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz steht vor einer Neugestaltung, die vom Österreichischen Nationalfonds organisiert wird. Zu diesem Zweck wurden ein gesellschaftlicher und ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet. Ich schreibe Ihnen als Obmann und namens der Österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz, der Organisation der Auschwitz-Überlebenden in Österreich. Als Vorsitzende des gesellschaftlichen Beirats fungiert eine Vertreterin der Lagergemeinschaft, eines der Mitglieder des Beirats wurde von der FPÖ entsandt. Vor einigen Wochen war die Öffentlichkeit mit Aussagen des FPÖ-Parteivorsitzenden und anderen Politikern konfrontiert, die unhaltbare historische Vergleiche beinhalteten: In Hinblick auf die FPÖ, „Das war wie die Reichskristallnacht“ und „Wir sind die neuen Juden“. Eine definitive und klare Distanzierung der FPÖ sowie eine nachdrückliche Selbstkritik haben wir weder in den Medien noch ansonsten in der Öffentlichkeit wahrnehmen können. Es dürfte klar sein, dass für eine Organisation wie die „Lagergemeinschaft Auschwitz“ angesichts des organisierten Massenmords an der

jüdischen Bevölkerung Mitteleuropas derartige Äußerungen unerträglich sind und eine weitere Zusammenarbeit im gesellschaftlichen Beirat als schwer denkbar erscheint. Diese Äußerungen können nur auf unseren entschiedenen Protest stoßen. Es erscheinen überhaupt die tagespolitischen Ziele, die politische Parteien immer wieder verfolgen, die auch zu sehr angeschärften Äußerungen führen, mit den langfristigen Zielen der Erinnerung und der Ehrung des Gedenkens, die die Lagergemeinschaft verfolgt und die auch die Ziele der Neugestaltung in der Gedenkstätte in Auschwitz sind, wenig kompatibel. Wir ersuchen daher nach reiflicher Überlegung die Freiheitliche Partei Österreichs ihren Vertreter aus dem gesellschaftlichen Beirat zurückzuziehen und fordern eine Neuformierung des Gesellschaftlichen Beirats ohne Vertreter politischer Parteien. Entsprechende Schreiben in diesem Sinn ergehen auch an den Bundespräsidenten, die Präsidentin des Nationalrats, den Bundeskanzler und den Vizekanzler.

Dr. Michael John

Obmann, Lagergemeinschaft Auschwitz

Impressum:

Medieninhaber: Österreichische Lagergemeinschaft
Auschwitz, Sekretariat: Mag.^a Angelika Klampfl

Redaktion: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Herta Neiß
Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Johannes Kepler Universität Linz
Altenbergerstraße 69, 4040 Linz
Tel: 0732/2468-8863; Fax: 0732/2468-8532
e-mail: herta.neiss@jku.at

MitarbeiterInnen an dieser Ausgabe:

Mag.^a Michaela Niklas

a.Univ. Prof. Dr. Michael John

Univ. Prof. Dr. Peter Steinbach, Universität, Mannheim

Hersteller: Institut für Sozial- und Wirtschafts-
geschichte, Johannes Kepler Universität Linz

Der Inhalt der Text gibt nicht die Meinung des Institu-
tes, sondern die der jeweiligen AutorInnen wieder.

Bei Unzustellbarkeit retour an den Absender

